

Stabile Regierung gefragt: Industrie verlangt Reformen und klare Strategien!

Die Industriellenvereinigung fordert Reformen von der neuen Regierung unter Herbert Kickl, um Österreichs Wirtschaft zu stärken.

Österreich - Die politische Landschaft in Österreich bewegt sich in atemberaubendem Tempo! Die Industriellenvereinigung (IV) zeigt sich optimistisch bezüglich einer bevorstehenden Regierungsvereinbarung zwischen der FPÖ und der ÖVP, die innerhalb der nächsten vier bis sechs Wochen abgeschlossen sein könnte. Präsident Georg Knill betont, dass ein vollständiger Pakt im Februar durchaus realistisch ist und es dabei auf ein klares und zukunftsorientiertes Programm ankommt, welches auch die essenzielle Rolle Österreichs innerhalb der Europäischen Union berücksichtigt, wie **orf.at** berichtet.

Kein Wunder, dass die Industriellen wie Kurt Maier von der steirischen Industriellenvereinigung und Unternehmer Jürgen Roth Reformen fordern und sich eine aktive Europapolitik wünschen. Maier fordert Maßnahmen, die sofortige Ergebnisse liefern, während Roth die Chancen der österreichischen Industrie gleichermaßen betont. Die Unsicherheit um FPÖ-Chef Herbert Kickl bleibt jedoch bestehen: Ob er die versprochene starke Stimme in der EU sein kann, wird von der IV mit Argusaugen beobachtet. Es gibt Bedenken, ob Kickl seiner Verantwortung gerecht werden und die österreichische Industrie effektiv vertreten kann, da sein bisheriges Auftreten als Oppositionsführer einen ganz anderen Eindruck hinterließ, wie **sn.at** berichtet.

Reformbedarf in der Wirtschaft

Der Druck auf den Staatshaushalt ist enorm, und laut Knill sind in diesem Jahr Einsparungen in Höhe von sechs Milliarden Euro erforderlich, was nur drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Die Herausforderungen der Wirtschaft sind unübersehbar, und viele fordern dringend Entlastungen bei Lohnnebenkosten und Energiepreisen. Knill hebt hervor, dass Österreich sich aus dem Weltwachstum „herauspreist“ und eine Stabilität benötigt, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Er fordert zudem einen Bürokratieabbau, der den Unternehmen hohe Kosten ersparen würde und sieht Potenzial zur Konsolidierung der Förderungen, insbesondere wenn diese auf den EU-Durchschnitt gesenkt werden, während gleichzeitig ein kritischer Blick auf die Konsequenzen des Föderalismus geworfen wird.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• steiermark.orf.at • www.sn.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at